

Aktenzeichen:	85 - NVP 2022-2026
federführendes Amt:	85 Amt für Öffentlichen Personennahverkehr
Antragsteller:	

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Kreisausschuss	02.12.2021	
Kreistag	09.12.2021	

**Nahverkehrsplan 2022-2026: Zustimmung zu einer Kostenerhöhung im Produkt ÖPNV**

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag stimmt einem Mehrbedarf im Produkt 12.547.01 bei Sachkonto 5431700/7431700 in Höhe von 55.000 EUR für das Haushaltsjahr 2022 zur Weiterentwicklung des Nahverkehrsplans 2022-2026 zu und beschließt außerdem, die benötigten zusätzlichen Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 63.000 EUR für 2023 und von 40.000 EUR für 2024 in der Haushalts- und Mittelfristigen Finanzplanung anzumelden.

**Sachdarstellung:**

Bislang waren für die Weiterentwicklung des Nahverkehrsplans (NVP) 2022-2026 insgesamt 165.000 EUR im Haushalt veranschlagt, davon 25.000 EUR im Haushaltsjahr 2020 und insgesamt 140.000 EUR in den Haushaltsjahren 2022-2025.

Bislang im Haushalt veranschlagte Mittel für den Nahverkehrsplan 2022-2026 (in EUR)						
2020	2021	2022	2023	2024	2025	SUMME
25.000	40.000	40.000	20.000	20.000	20.000	165.000

Die Verteilung auf mehrere Jahre basiert auf dem Gedanken, auch die Weiterentwicklung des NVP, wie zuvor beim NVP 2015-2021, stufenweise und damit modulartig ausarbeiten zu lassen. Ziel soll dabei sein, bereits nach einem Jahr mit der Umsetzung erster Maßnahmen beginnen zu können.

In seiner Sitzung am 08.09.2021 hat der Verkehrsausschuss die Verwaltung beauftragt, die Leistungen für den Nahverkehrsplan 2022-2026 auszuschreiben (vgl. DS-Nr. 348/2021). Im Zuge der vorbereitenden Arbeiten für die Ausschreibung hat die Verwaltung inzwischen eine Kostenschätzung zur Vorbereitung der Ausschreibung erstellt. Hierbei hat sie einen Bruttobetrag von 238.000 EUR ermittelt. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 226.000 EUR für die Kostenschätzung und einem Aufschlag von 12.000 EUR zur Gewährung einer Preisobergrenze im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens.

Mit 226.000 EUR liegt der voraussichtliche Gesamtpreis für die Weiterentwicklung des NVP für die Jahre 2022-2026 ca. 60% über dem Betrag (140.000 EUR), der für die Fortschreibung des NVP für die Jahre 2015-2020 im Jahr 2012 verausgabt werden musste. Dabei ist neben einer Steigerung des Verbraucherpreisindex von 12,03 % gegenüber 2012 allerdings zu berücksichtigen, dass der hier in Rede stehende Leistungsumfang für die Jahre 2022-2026 das in 2012 erteilte Auftragspaket deutlich übersteigt. Als wichtigste Beispiele hierfür werden genannt:

- Erweiterung des Untersuchungsauftrags um das Produkt Stadtbahn
- Mitbetrachtung des Themas Aufgabenträgerschaft in Abgrenzung zu bzw. unter Einbeziehung der Stadtbusstädte
- Erstellung eines verbindlichen Ausnahmekataloges zur Barrierefreiheit unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgabe des PBefG zum 01.01.2022
- Erstellung einer ÖPNV-Erreichbarkeitsanalyse für die kreiseigenen Berufskollegs
- Konzept, Durchführung und Auswertung einer Online-Beteiligung

- Unterlegung von NVP-Maßnahmen mit möglichen CO2-Einspareffekten

Der Betrag von 238.000 EUR verteilt sich wie folgt auf die nächsten Haushaltsjahre:

2022: 95.000 EUR

2023: 83.000 EUR

2024: 60.000 EUR

Wie bereits ausgeführt, stellt der Betrag von 238.000 EUR eine Preisobergrenze für die möglichen Bieter\*innen dar. Die Verwaltung geht davon aus, dass alle Angebote unter dieser Obergrenze bleiben.

#### Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft

Für die Weiterentwicklung des NVP sind im Jahr 2022 40.000 EUR im Haushalt veranschlagt. Die Deckung des benötigten Mehrbedarfes für das Jahr 2022 i.H.v. 55.000 EUR erfolgt durch Minderaufwendungen/-auszahlungen bei Sachkonto 5431700/7431700 "Sachverständigen, Gerichts- und ähnliche Kosten" im Produkt 12.547.01 „ÖPNV“. Die benötigten Mehrbedarfe ab dem Jahr 2023 werden für die Haushalts- und mittelfristige Finanzplanung berücksichtigt. Und zwar für das Jahr 2023 63.000 EUR zusätzlich zu den bislang vorgesehenen 20.000 EUR und damit in Summe 83.000 EUR. Und für das Jahr 2024 40.000 EUR zusätzlich zu den bislang vorgesehenen 20.000 EUR und damit in Summe 60.000 EUR.

Bergheim, 01.12.2021

Frank Rock  
Landrat